

MCC-Pressemitteilung

Klimaschutz braucht funktionierende Kapitalmärkte

Wenn Kredite zu teuer sind, bremst das die Energiewende. Wie die Politik damit umgehen sollte, untersucht jetzt eine vom MCC mitverfasste Modellstudie im Top-Journal JAERE.

22.05.2003 Berlin. Eine neue Studie untersucht jetzt einen wichtigen Aspekt beim Kampf gegen die Erderhitzung: die Unterstützung durch funktionierende Kapitalmärkte. Banken sammeln Ersparnisse und stellen sie als Kredite bereit – und je größer die Differenz zwischen Spar- und Kreditzinsen ist, desto teurer sind Investitionen zum Beispiel in fossilfreie Stahlwerke, Stromerzeugung oder Heizanlagen. Die Studie wurde erstellt vom Berliner Klimaforschungsinstitut MCC (Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change) und vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung. Sie wurde in der renommierten Fachzeitschrift *Journal of the Association of Environmental and Resource Economists (JAERE)* veröffentlicht.

Wie stark das Thema Zins den Klimaschutz tangiert, verdeutlicht die Studie mit einer markanten Zahl: Aus der aktuellen Differenz zwischen Spar- und Kreditzins, im globalen Durchschnitt 5,1 Prozentpunkte, resultiert eine zusätzliche Erderhitzung um 0,2 Grad Celsius. Für diesen Vergleich mit einer friktionslosen Wirtschaft, in der dieser Zinsspread gleich null wäre, unterstellt das Forschungsteam in seiner modellhaften Betrachtung eine Klimapolitik nach dem Kosten-Nutzen-Prinzip: Die Regierung kennt die exakte, im Zeitablauf steigende Höhe der Klimaschäden, verteuert den CO₂-Ausstoß jeweils entsprechend der dadurch verursachten Schäden und kommt so auf einen kostenoptimalen Zeitpfad für steigende CO₂-Bepreisung. Alternativ braucht sie, wenn sie sich an einem festen Temperaturziel orientiert, aufgrund des aktuellen Zinsspreads eine 27 Prozent höhere CO₂-Bepreisung als in einer Welt ohne den Kreditkostenaufschlag.

Für die Untersuchung hat das Forschungsteam ein ausgefeiltes Rechenmodell entwickelt und mit empirischen Daten gefüttert. „Wir identifizieren acht verschiedene Kanäle, über die der Zinsaufschlag für Kredite letztlich die Klimagas-Emissionen beeinflusst“, erklärt [Matthias Kalkuhl](#), Leiter der MCC-Arbeitsgruppe Wirtschaftswachstum und menschliche Entwicklung und Co-Autor der Studie. „Zwar gibt es auch bremsende Effekte – zum Beispiel verringern hohe Zinsen das Wachstum der Wirtschaftsleistung und damit auch des Energieverbrauchs. Aber es überwiegt eben die klimaschädliche Wirkung. So erhöht etwa der Kreditkostenaufschlag die Vermeidungskosten je Tonne CO₂, sodass bei einer Orientierung am Kosten-Nutzen-Kalkül dann im Ergebnis weniger Klimaschutz praktiziert wird.“

Die Kernaussage der Studie für die Politik fasst ihr Leitautor Kai Lessmann vom Potsdam-Institut so zusammen: „Die Regierungen müssen genau hinschauen, ob der höhere Zins für Kredite nur die tatsächlichen Vermittlungskosten abbildet oder ob er auch Ausdruck für zu wenig Wettbewerb zwischen den Banken ist – wofür in der realen Welt einiges spricht. Wenn tatsächlich die Marktstruktur der Grund ist und sich auf mittlere Sicht nicht ändern lässt, dann kann die Politik kurzfristig durch Investitionsförderung

MCC gemeinsam gegründet von:

wirksam gegensteuern.“ Dabei zeigt sich in der Studie: Wenn sich die Regierung zu einer allgemeinen Investitionsförderung entschließt, ist das für Klima und Wirtschaft noch besser, als wenn sie gezielt nur Ökoprojekte verbilligt. „Der Strukturwandel hin zu fossilfreien Technologien vollzieht sich dann von selbst“, erläutert Lessmann. „Weil diese in der Regel kapitalintensiver sind, also von sinkenden Kreditkosten stärker profitieren. Und weil ja zudem die über die Zeit steigende CO₂-Bepreisung ihren Lenkungseffekt entfaltet.“

Die Bremswirkung hoher Kreditkosten auf den Klimaschutz, die nunmehr in bislang unerreichter Schärfe theoretisch ausgeleuchtet wird, ist vor allem in vielen Ländern des globalen Südens ein großes Problem. Die jährlichen Kapitalkosten in Prozent der Investitionssumme sind dort nicht selten zweistellig. Viele Solar- oder Windkraftparks wären zwar langfristig rentabler als Gas- oder Kohlekraftwerke – doch sie werden dort trotzdem nicht gebaut, weil man dafür am Anfang pro Megawatt installierter Leistung mehr Kapital benötigt. Zum Gegensteuern fehlt der Politik oft das Geld, sie setzt auf Hilfe aus dem reichen Norden.

Quellenhinweis zur zitierten Studie:

Lessmann, K., Kalkuhl, M., 2023, Climate finance intermediation: interest spread effects in a climate policy model, *Journal of the Association of Environmental and Resource Economists (JAERE)*

<https://www.journals.uchicago.edu/doi/10.1086/725920>

Über das MCC

Das MCC erforscht und liefert lösungsorientierte Handlungsoptionen für Klimapolitik sowie generell für das Bewirtschaften der globalen Gemeinschaftsgüter – und damit für die Stärkung der vielfältigen Aspekte von menschlichem Wohlergehen. Unsere sieben Arbeitsgruppen forschen zu Themen wie Wirtschaftswachstum und -entwicklung, Ressourcen und Internationaler Handel, Städte und Infrastrukturen, Governance sowie wissenschaftliche Politikberatung. Das MCC ist eine gemeinsame Gründung der Stiftung Mercator und des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung. | www.mcc-berlin.net | https://twitter.com/MCC_Berlin

Pressekontakt:

Ulrich von Lampe

Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (MCC)

Telefon: +49 (0) 30 338 5537 201 / Mobil: +49 (0) 171 1964 449

Email: lampe@mcc-berlin.net

MCC gemeinsam gegründet von: